

Direktflug Magazin der IG Metall der Airbus Operations GmbH

Wir bitten Sie im Zuge der Bundestagswahl am 22.9.2013 um eine Stellungnahme, wie Sie den Luftfahrtstandort Hamburg stärken wollen. Dazu wäre es schön zu wissen, wie sie vor allem **die Arbeitsplätze sichern**

Flexible Arbeitszeitmodelle sind aus unserer Sicht ein wichtiges Instrument zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Bereits in den zurückliegenden "Krisenjahren" hat sich gezeigt, dass der gezielte Einsatz in Kombination mit staatlichen Regelungen wir der Kurzarbeit dazu führen, dass qualifizierte Arbeitskräfte von den Unternehmen gehalten werden können. Als präventive Möglichkeit gilt es die Möglichkeiten der beruflichen Qualifizierung gezielt für alle Beschäftigtengruppen einzusetzen.

Die Piratenpartei sieht die Förderung lebenslangen Lernen als elementar wichtig an, daher gilt es, dies zu fördern: durch die Bereitstellung kostenfrei zugänglicher Lehrangebote, Lehrmaterials und der Möglichkeit, individuelles Coaching in Anspruch zu nehmen. Prüfungen und Kurse müssen sich flexibel an individuelle Lebensumstände anpassen, um mehr Menschen die Nutzung von Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen.

mehr Arbeitsplätze schaffen

Wirtschaftspolitik ist für die Piraten nicht gleich Wachstumspolitik. Daher betrachten wir das Streben nach absoluter Vollbeschäftigung als weder zeitgemäß noch sozial wünschenswert. Stattdessen wollen wir uns dafür einsetzen, dass alle Menschen gerecht am Gesamtwohlstand beteiligt werden und werden dazu die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens prüfen.

Weltweite Vernetzung und Digitalisierung machen ganz neue Formen der Produktion, der Arbeit und des Austausches möglich. Diese neuen Formen des Wirtschaftens bieten enormes Potential, erfordern aber auch eine Weiterentwicklung der Wirtschaftsordnung. Hier bietet sich die Chance, einen zentralen Bereich der Gesellschaft politisch neu zu gestalten und damit auch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Allerdings gibt es ein relativ probates Mittel, um neue Arbeitsplätze zu schaffen: Den Abbau von Überstunden. Seit Jahren bewegt sich ihre Zahl konstant über 1 Million, in den letzten 13 Jahren im Schnitt bei über 1,4 Millionen. Diese vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen, wäre ein erster Schritt. Hier sind gesetzliche Regelungen denkbar, die noch näher definiert werden müssten.

Konkret fordern wir die Verbesserung der Bedingungen für Leih-/Zeitarbeitnehmer. Von Zeitarbeitern werden besondere Talente, hohe Flexibilität und die Akzeptanz eines höheren Arbeitslosigkeitsrisikos gefordert. Die arbeitsrechtlichen Bedingungen von Zeitarbeitern dürfen daher die branchenüblichen oder tarifvertraglichen Regelungen nicht unterschreiten, da es sich um "besondere Arbeitsverhältnisse" handelt. Nach französischem Vorbild sollen Leiharbeiter nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können, sondern für die ihnen abverlangte Flexibilität mit einem Lohnzuschlag entschädigt werden.

Vielmehr fordern wir beispielsweise im Rahmen eines Mindestlohns für prekäre Beschäftigte eine um 8,33% erhöhte Summe.

Leiharbeit sollte - wie dies in der Vergangenheit auch schon einmal der Fall war - begrenzt werden. Wir werden dazu eine maximal erlaubte Überlassungsdauer von sechs Monaten für

Leiharbeitnehmer festlegen. Die Piratenpartei wird das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) entsprechend anpassen.

Zusätzlich werden wir eine Höchstquote von Leiharbeitern je Unternehmen bezogen auf die jeweilige Stammbelegschaft in Höhe von zehn Prozent einführen.

Ähnlich wie zur Bekämpfung der Schwarzarbeit sollen die Beschäftigungsverhältnisse stärker kontrolliert werden. Für Zeiten der Nichtbeschäftigung, die der Leiharbeitsnehmer nicht zu vertreten hat, müssen Leiharbeitnehmer trotzdem bezahlt werden. Gleiches gilt bei ärztlich bescheinigter Arbeitsunfähigkeit.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Zeitarbeitsunternehmen bei Nichtzahlung von Fahrkosten / Zuschlägen an die Arbeitnehmer haften und bei wiederholtem Verstoß progressiv ansteigend sanktioniert wird, bis hin zum Entzug der Gewerbeerlaubnis.

Das Leiharbeitsverhältnis soll nach spätestens sechs Monaten in ein festes Arbeitsverhältnis münden, es sei denn der Arbeitnehmer wünscht weiter in Leiharbeit beschäftigt zu bleiben. Die Probezeit soll im Falle der Übernahme des Leiharbeitnehmers durch den Entleiherbetrieb entfallen.

Die Piratenpartei fordert, die gesetzlichen Kündigungsfristen der Leiharbeiter den Regelungen der festangestellten Arbeitnehmer des Unternehmens gleichzustellen. Diese Fristen sollen auch in den gängigen branchenüblichen Tarifverträgen zeitnah umgesetzt werden.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass betriebliche Zusatzleistungen, wie z.B. subventioniertes Mittagessen oder auch andere freiwillige Leistungen im Sinne der grundgesetzlich geschützten unternehmerischen Freiheit beibehalten bleiben, aber gleichermaßen für alle Beschäftigten verfügbar sind. Daher fordert die Piratenpartei, dass Leiharbeitsverhältnisse regulären Beschäftigungsverhältnissen in Bezug von Sachleistungen wie Berufskleidung mindestens gleichgesetzt werden.

Wir regen daher eine stärkere Zusammenarbeit der Beteiligten an und fordern sie auf, dieser Diskriminierung beispielsweise mit Betriebsvereinbarungen entgegenzuwirken. Die Piratenpartei fordert, dass Leiharbeiter in allen Belangen der Stammbelegschaft gleichgestellt werden müssen.

Dies impliziert auch, dass der Betriebsrat des Entleiherbetriebes in den Angelegenheiten des Betriebes auch für die Leiharbeiter zuständig sein muss, soweit es nicht solche Angelegenheiten sind, die ausschließlich den Entleiherbetrieb betreffen. Die Pflichten des Betriebsrates müssen in diesen Fällen vollumfänglich auch für die Leiharbeitnehmer gelten.

All diese Maßnahmen sollen die Bevorzugung von derartigen gegenüber fest angestellten Beschäftigten unattraktiver gestalten und der unsicheren Beschäftigungssituation Rechnung tragen.

und die Arbeitsbedingungen verbessern

Das Arbeitsumfeld ist ein wesentlicher Teil des Lebensumfeldes, auf das Menschen einen angemessenen Gestaltungsanspruch haben, der letztendlich auch den Unternehmen zugute kommt. Wir werden daher die existierenden Mitbestimmungsrechte für Angestellte verteidigen und wo nötig weiter ausbauen. Die Beteiligung der Mitarbeiterbasis an der Unternehmensführung begünstigt sozialere und nachhaltigere Entscheidungsfindung sowie unternehmerische Innovationen.

Wir setzen uns für flexible, elternfreundliche Arbeitsbedingungen und Betreuungsmöglichkeiten in Unternehmen und Betrieben ein. Kindererziehung und Erwerbstätigkeit müssen für beide Elternteile gleichermaßen miteinander vereinbar sein.

Gleichzeitig stehen wir dafür ein weitere organisatorische Ansätze zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind zu fördern. Hierzu zählen insbesondere Maßnahmen im organisatorischen Bereich zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und -situation. Hier sollten Arbeitgeber besonders, einzelfallbezogen, gefördert werden.